

Im Gedenken an die Opfer des NSU-Terrors: Nichts vergeben – nichts vergessen!

Gegen Staat & Nazis - Hand in Hand

4. November 2014 jährte sich das „Auffliegen“ der NSU-Mörderorganisation 2011 zum dritten Mal. Von September 2000 bis April 2006 zieht die Nazi-Organisation NSU eine Blutspur durch Deutschland. 9 Migranten werden brutal hingerichtet, zwei verheerende Bombenanschläge in Köln verübt und 2007 eine Polizistin ermordet.

Seit einem Jahr führt der deutsche Staat den Prozess gegen das angeblich „einzige überlebend Mitglied des NSU“, Zschäpe und vier Unterstützer in München. Die NSU-Untersuchungsausschüsse im Bundestag und in den Bundesländern Thüringen und Sachsen haben in tausenden von Seiten ihre Ergebnisse vorgelegt.

Was ist das Fazit aus dem Prozessverlauf und den Untersuchungsausschüssen?

Der Staat nicht nur „verstrickt“, sondern direkter Akteur im NSU-Komplex

Prozess und U-Ausschüsse haben erwiesen, dass alle entscheidenden Schaltstellen des Verfassungsschutzes (VS) in Bund und Ländern, im MAD (Militärischer Abschirmdienst), im Innenministerium mit Personal und Verbindungen in der Naziszene aktiv tätig waren. Sie hatten Kenntnis von der NSU-Organisation und ihren Taten. Ein Beweis ist, die an allen Tatorten gezielte Ermittlung gegen die Opfer und ihre Angehörigen und nicht gegen die Täter und Hintermänner. Der Mitarbeiter des Verfassungsschutzes Temme war nicht zufällig am Tatort des 9. Mordes in Kassel, sondern mitbeteiligt.

NSU breit aufgestelltes Netzwerk

Der NSU ist nie eine 3-Personen Organisation gewesen. Ihr Organisationsprinzip faschistischen Terror auszuüben durch nicht direkt vernetzte Nazi-Gruppen, die aber eine gemeinsame Koordinierung haben. Die NPD konnte nicht verboten werden, weil sie nicht staatsfern sei, da über ein Drittel der leitenden Mitglieder V-Leute (Vertrauens- und Verbin-

dungsleute des Verfassungsschutzes) sind. Das trifft auch für das NSU-Netzwerk zu. Es wird nicht ermittelt, weil die Mittäter und Mitwisser V-Leute sind. Im weiteren Umfeld der 3 bekannten NSU-Mörder befanden sich mindestens 24 V-Leute und mindestens 4 die direkten Kontakt hatten, d.h. z.B. über deren Aufenthaltsort etc. immer informiert waren.

Zielsetzung des NSU und der Staatsorgane

Durch die NSU-Morde an MigrantInnen sollten Flüchtlinge, schwarze, islamische, jüdische Menschen, Homosexuelle, AntifaschistInnen bedroht und eingeschüchtert werden. Rassistische Klischees innerhalb der deutschen Bevölkerung verstärkt und das Klima des Rassismus weiter geschürt werden. Eine Entsolidarisierung innerhalb der migrantischen Community wurde von den staatlichen Stellen gezielt herbeigeführt, indem alle Angehörigen und MigrantInnen pauschal verdächtigt wurden.

Hintergründe der „NSU-Selbstmorde“

Die staatliche Selbstmordtheorie von Mundlos und Bönhardt ist unglaubwürdig. Die beiden Nazis haben sich im Caravan nicht selbst umgebracht. Es waren mindestens noch eine weitere oder mehrere Personen vor Ort. Zschäpe war über den angeblichen „Selbstmord“ der zwei NSU-Mitglieder in Eisenach informiert, bevor die Medien berichteten. Ihr Handy wurde mehrfach vom sächsischen Innenministerium aus angewählt. Der zuständige Polizeichef hat am Tatort Eisenach Beweismittel, wie Fotoaufnahmen der Feuerwehr unterschlagen.

Das Kanzleramt tagte am Tag der Ermordung der beiden Nazis in Erfurt. In zwei bundesweiten großen Vernichtungswellen wurden vom Verfassungsschutz, BKA, MDA, usw. sofort Akten, digitale Daten und Tonaufzeichnungen beseitigt. Warum? Um Beweise über die Zusammenarbeit, von Verfassungsschutzämtern und NSU Netzwerk zu vernichten.

Das alles legt vielmehr nahe: Da wurden zwei Nazis, die ihr Werk getan hatten, die aber nicht mehr ausreichend zu kontrollieren waren, „ausgeschaltet.“

Im Prozess keine Wahrheitsfindung

Zahlreiche Beamte der verschiedenen „Dienste“ sind vorgeladen, aber erhalten keine bzw. nur eingeschränkte „Aussagegenehmigungen“. Zentrale Fragen über die gezielte Untätigkeit staatlicher Organe, über Vernichtung von Beweismaterial, über direkte Zusammenarbeit vom Verfassungsschutz und NSU werden nicht beantwortet.

Zwei wichtige V-Männer sind unter dubiosen Umständen, bevor sie in München vor Gericht als Zeugen aussagen konnten, „verstorben“.

Das Gericht verwehrt den Nebenklägern Fragen über die Hintergründe der NSU-Taten zu stellen und weitere Ermittlungen zu fordern.

Die Bundesanwaltschaft zeichnet sich durch völlige Ignoranz aus. Sie geht Nachfragen gezielt aus dem Weg und erklärt sich für nicht zuständig. Sie ermittelt nicht gegen die Angeklagte, was ihre Aufgabe wäre, sondern schweigt überwiegend.

Vielfach unbekannt ist, die Bundesanwaltschaft arbeitet auf direkte Anweisung aus dem Innenministerium und dem Kanzleramt. Diese geben die Richtung vor: Auf keinen Fall soll gegen den bundesdeutschen Staat und seine Organe ermittelt werden.

Was tun?

Im Münchner-Prozess Unterstützung und Solidarität für die überlebenden Opfer und Angehörigen demonstrieren. Das können wir alle praktisch tun: Vor Ort an dem Prozess teilnehmen, den Nazis entgegentreten und Öffentlichkeit herstellen. In den nächsten Monaten wird der Bombenanschlag in der Keupstrasse in München verhandelt. Viele der bei diesem Anschlag betroffenen Keupstrassen-AnwohnerInnen müssen vor Gericht als

Zeugen aussagen. Unsere Solidarität kann bewirken, dass die Familien und FreundInnen der Opfer sich nicht allein fühlen!

Jetzt ist schon klar weder der Prozess noch die Untersuchungsausschüsse werden die ganze Wahrheit

ans Licht bringen. Wir unterstützen den Vorschlag ein Internationales Tribunal zu organisieren, wenn der Prozess beendet und das Urteil gesprochen wird. Ziel des Tribunals ist: Die Wahrheit über die BRD und ihren vermeintlichen Rechtsstaat aufzuzeigen, die systematische Vertuschung und Vernichtung vieler Beweismittel aufzudecken, die Mittäterschaft wichtiger staatlicher BRD-Instanzen offenzulegen. Der Nachweis soll geführt werden wie der deutsche Staat mit all seinen Institutionen Teil des NSU-Komplexes ist. Die überlebenden Opfer und die Angehörigen sowie ihre Anwälten, die verschiedenen Unterstützer Antifa-Gruppen und Organisationen könnten damit ein Forum schaffen, um ihre Wahrheit und ihre Fakten der Öffentlichkeit vorzulegen.

Wir als KommunistInnen von *Trotz Alledem!* sagen, die NSU-Mordserie und die Zusammenarbeit von Nazis und Staat beweisen: **Der Rassismus und die Faschisierung gehen vom deutschen Staat aus!** Nazi-Organisationen sind seine Stoßtrupps. Faschisierung und Rassismus ist ein Wesenszug dieser bürgerlichen Herrschaft. Das ist für uns der Dreh- und Angelpunkt.

Wir streiten für eine Alternative zur Barbarei - für den Sozialismus!

VS-BKA-NPD-NSU:

Der braune Terror geht vom Staat aus!

Der Widerstand von UNS!

Gemeinsam sind wir stark genug den Rassismus und die Faschisierung zu stoppen.

**Im Andenken an
Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü,
Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar,
Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat
Kampf dem Rassismus und der Faschisierung!**

TROTZ ALLEDEM!

trotzalledem1@gmx.de + www.trotz-alledem.tk

Postfach 48, 73550 Waldstetten + Januar 2015

V.i.S.d.P: H. König, Kafkastr. 56, 50829 Köln